

# Bekenntnis eines Assimilierten

## Vorschläge für eine neue Dynamik der Migration und Integration

Ahmad Mansour

Vor mehr als zwölf Jahren landete ich mit einem Flugzeug aus Tel Aviv als palästinensischer Israeli am Flughafen Tegel. Gut fünfzig Kilo Gepäck hatte ich im Schlepptau, vor mir eine Menge Ungewissheit und Hoffnung. Wie würde es werden? Wen würde ich kennenlernen? Wovon würde ich leben, wie die Sprache lernen? Ich wollte mein Studium der Psychologie in Berlin an der Humboldt Universität beenden und landete zuerst in einer Wohngemeinschaft, vor allem mit Leuten, mit denen ich meine Sprache teilte. Die ersten Monate und Jahre waren schwierig, beinahe traumatisch. Alles war fremd, und fast wäre ich zurückgekehrt nach Israel, das ich wegen der schwer erträglichen politischen Spannungen verlassen hatte. Deutsch zu lernen schien mir schlicht nicht möglich.

Kam ich in einen Laden, an eine Supermarkttheke, erlebte ich oft ungeduldige Verkäufer. Einige schrien mich fast an, in übertrieben artikuliertem Deutsch. Sie forderten mich auf, deutlich zu sagen, was ich wollte. Insgesamt kam mir, der ich die Herzlichkeit des Nahen Ostens gewohnt war, die Atmosphäre in der Gesellschaft zu kalt vor, die Menschen unendlich weit weg, fast unerreichbar. Wie sollte ich jemals dazugehören?

Insbesondere die Haltung von Frauen machte mir Angst. Sie waren zu selbstbewusst, sie schauten mir direkt in die Augen und formulierten Wünsche, Meinungen, Gedanken und Gefühle.

An der Universität war ich zunächst allein, Gespräche kamen nur mit arabischen und türkischen Kommilitonen zustande, andere Mitstudenten an der Fakultät für Psychologie schienen mich zu meiden. Vielleicht war es Ihnen zu anstrengend, mit mir zu reden oder auch gemeinsam Referate zu erarbeiten. Ich kam mir minderwertig vor, schwach und nutzlos. Nur in der Moschee und unter Arabern war ich selbstbewusst, geschützt, ich selber. Und so wie mir wird es vielen gehen, die das Ankommen in Deutschland erleben.

Dann waren da noch meine Eltern in Israel. Fast täglich haben sie angerufen. Sie kontrollierten, ob ich denn noch ein guter Muslim bin, ob ich auch auf mich aufpasse, ob ich Alkohol trinke, Arbeit gefunden habe, Geld verdiene, die Sprachprüfung bestehe – die Ehre, der Ruf meiner ganzen Familie hing davon ab, all das zu schaffen. Ich hatte Sehnsucht nach einer Freundin, nach Liebe – doch alle Versuche scheiterten. Den Eltern verschwiegen ich meine Misserfolge.

In diesem Spannungsfeld habe ich angefangen, die Mehrheitsgesellschaft zu hassen und abzuwerten. Wenn ich nicht dazugehören kann, dann will ich auch nicht! So dachte ich. Ich lebte nun auf jeden Besuch in der Heimat hin. Ich träumte vom köstlichen Essen in meinem Dorf in Israel, ich lebte von einem Päckchen, das mir

meine Eltern schickten, zum Nächsten. Wie an der langen Leine einer fernen Heimat. Und hier: Was für eine Sprache! Was für eine Grammatik! Die langen, zusammengesetzten Wörter!

Das gesellschaftliche Miteinander war mir fremd, die Unbekümmertheit, mit der Männer und Frauen, Studenten und Studentinnen miteinander umgingen. Damals hätte ich mir nicht träumen lassen, dass ich dieses Land einmal wirklich als mein Zuhause empfinden würde! Unglaublich, aber wahr: Heute fühle ich mich hier verstanden, aufgenommen, willkommen und akzeptiert. Ich habe mich mit meinem neuen Land emotional, politisch und sprachlich verbunden. Unbekannte wurden zu meiner Familie, zu Freunden, Kollegen und Nachbarn. Und das war möglich, weil ich durch Glück und Zufall oft die richtigen Menschen getroffen habe. Da war die Leiterin der Organisation Heroes, bei der ich mich bewarb. Sie hat an mich geglaubt und verschaffte mir eine Stelle, obwohl ich beim Vorstellungsgespräch wenig überzeugend gewesen sein muss. Als ich die Sprache besser beherrschte, fand ich auch Zugang zu den anderen Studenten. Sie erklärten mir Deutschland mit Geduld und Humor, oft bis in die Morgenstunden. Da war die Professorin, die mich ermutigte über Geschlechterrollen zu forschen und das Vertrauen hatte, dass mir diese Arbeit auch gelingt. Ganz allmählich gesellten sich die guten Erfahrungen zu den schlechten, langsam nahmen die positiven Erlebnisse auf gute Weise überhand.

Und jetzt bin ich sehr stolz auf meine frisch erworbene Staatsbürgerschaft – ich habe es auf Papier, auf einer Urkunde: Seit zwei Monaten bin ich Bürger dieses Landes mit seiner Demokratie, seiner Freiheit, den schönen Landschaften, Seen und Bergen. Vor allem bin ich stolz auf das Grundgesetz und die vielen Tausenden von Menschen, die es tagtäglich achten und schützen. Für mich hat sich ein Kreis geschlossen, ich bin wirklich angekommen. Ich hatte bestimmt viel Glück und das immer wieder. Aber ich wollte auch ankommen.

Heute eröffnen sich mir alle paar Tage neue Möglichkeiten, Einladungen, Schulungen, Seminare, Trainings, Vorträge – meine aufklärende Arbeit gegen Fundamentalismus, meine Arbeit mit ehemaligen Extremisten ist erfüllend. Häufig sehe ich, wie sie Früchte trägt. Kurzum: Ich bin voll Dankbarkeit, dass ich meine Möglichkeiten in Wirklichkeit umsetzen konnte. Wer mir jetzt „Assimilation“ vorwerfen will, dem sage ich ohne eine Sekunde des Zögerns: Wenn Assimilation bedeutet, dass ich das demokratische Grundgesetz der Bundesrepublik im Alltag und im Beruf über jedwede Tradition, Religion oder Nationalismus stelle, dann bin ich gerne assimiliert. Dazu bekenne ich mich. Gehol-

fen haben mir Dutzende, wenn nicht Hunderte von Menschen und Gelegenheiten die ich selbst wahrgenommen habe. Allmählich hat sich mein Horizont erweitert, die Sprache kam bei mir an und ich bei ihr. Meine Lehrer, Professoren, Mitstudierenden waren Teil dieses Ankommens, die Organisationen und staatlichen Behörden, für die ich arbeitete, die Politiker der großen Parteien, die ich traf. Von all ihnen lernte ich dazu. Sie alle unterstützten mein Ankommen. Entdecke ich jetzt noch den Spaß am Spaziergehen und das Vergnügen am Mülltrennen – darauf warte ich noch –, dann ist meine Integration wohl vollständig.

Seit ich kritisch mit meiner Konfession umgehe, haben sich Freunde der ersten Stunden in Deutschland von mir abgewandt. Leider. Ich höre von ihnen, ich sei ein Heuchler: „Du verkaufst deine Religion sagen Sie, deine Nation, deine Identität, egal wieviel Mühe du dir auch gibst, du wirst nie dazugehören mit deinen dunklen Haaren!“ Unvergessen das Gespräch mit einem ehemals guten Freund, der mir gegenüber behauptete: „Sei du nur für Freiheit und Gleichberechtigung, aber wenn deine Tochter später mit einem Freund in ihr Zimmer geht, wirst du aufwachen!“ Dann, wollte er damit sagen, bist du wieder „einer von uns“.

Erschütternd und traurig war es für mich, als mich ein deutscher Professor mit islamischem Migrationshintergrund beschimpfte, weil ich es gewagt hatte, in meinem Buch „Generation Allah“ zu erwähnen, dass mein Vater in meiner Kindheit Gewalt gegen mich ausgeübt hat. Es sei respektlos, das zu schreiben, Gewalt gehöre nun mal zur Erziehung, empörte er sich. Auch lebe ich heute weniger in Angst vor der deutschen Mehrheitsgesellschaft als in der Furcht vor Extremen meines eigenen kulturellen Herkunftskreises. Da sind Leute, die nicht mehr mit mir reden wollen, aber Drohungen senden und posten, sie behaupten ich sei abtrünnig, ungläubig, ein Islamhasser, einer, der den Tod verdiene. Und das nur, weil ich Aspekte der Religion und Tradition infrage stelle und den Nahostkonflikt nicht in den Schwarz-Weiß-Mustern von Antisemiten sehen will. Die Drohungen wurden so heftig, dass ich jetzt zeitweise Personenschutz brauche.

Das war, in kurzer Skizze, die Geschichte meiner Migration, meiner Immigration. Doch die Geschichten vieler Migranten hören sich ganz anders an. Kürzlich erzählte mir Hamid, ein 26-jähriger Syrer, von seinen ersten beiden Jahren in Berlin. Deutschland sei sein Traumland gewesen. Wohlstand, Frieden, Beschäftigung, ein Haus – all das werde es hier geben, glaubte er. Im Laufe von nur 24 Monaten holte die Realität den Flüchtling ein. Hamid lebt nach wie vor in einer Sammelunterkunft. Der Spracherwerb ist schwierig, arbeiten darf er nicht, Land und Leute sind ihm fremd geblieben. Unrealistische Erwartungshaltungen und eine fehlende Integrationsdynamik führten dazu, dass sich seine Fantasiewelt in einen Albtraum wandelte. Hamid befindet sich in einer traumatisierenden Situation und diese droht chronisch zu werden. Ich kenne das Gefühl. Ein bisschen notbetreut, ein bisschen vergessen, irgendwie geduldet.

Was nun? Wie kann es gelingen, die Geflüchteten in Deutschland besser ankommen zu lassen? Wie finden Menschen wie Hamid hier dauerhaft eine neue Heimat? Wie bindet man die Hinzugekommenen in die Gesellschaft ein? Gelingt uns das nicht, verlieren Zahllose der Eingewanderten oft schon wenige Monate oder Jahre nach ihrer Ankunft, den Willen Deutschlands Demokratie positiv zu besetzen.

## Integration ist möglich

Die Fragen nach Methoden zur Eingliederung werden derzeit wie Ping-Pong-Bälle zwischen den Politikern hin und her geschossen und sie werden auch die Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten noch beschäftigen. Momentan verhindert allerdings eine einseitige Debatte eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Zuwanderung. Rechte Gruppierungen ziehen politischen Gewinn aus Defiziten bei der Integration von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Arbeitsmigranten. Sie haben den Raum, in dem eigentlich die Debatte um Integration stattfinden müsste, für sich gepachtet. Doch diese Debatte darf nicht den Rechtspopulisten überlassen werden! Sie gehört in die bürgerliche Mitte. Die großen Volksparteien müssen das Thema für sich beanspruchen, mit wachem Verstand und ohne irrationale Abwehr und Sentimentalitäten. Es muss jetzt schnell und lösungsorientiert gehandelt werden ohne dabei die Menschlichkeit aus den Augen zu verlieren. Demokratisch und ohne verdrehte Tabus. Integration muss ein Thema werden, das offen und ehrlich besprochen werden kann, kein Minenfeld der politischen Sprengsätze und Ängste. Es geht um viel! Viel für die demokratische Aufnahmegesellschaft, für die Angekommenen, natürlich auch für die nächste Generation.

Integration ist ein langer, schwieriger und schmerzhafter Prozess. Aber Integration ist möglich, sehr gut sogar. Ich kann das so eindeutig sagen, weil ich sie aus eigener Erfahrung kenne. Weil ich den Prozess selber durchlebt habe. Politik und Gesellschaft müssen sich den gewaltigen Herausforderungen stellen, die Zuwanderung mit sich bringt. Dabei geht es nicht nur um Geflüchtete, sondern auch um jene Menschen, die in zweiter oder dritter Generationen in Deutschland leben, ohne wirklich hier beheimatet zu sein. Wer da noch immer keinen Zugang zur Gesellschaft gefunden hat, wer Teile des Grundgesetzes ablehnt oder nicht kennt, der ist zwar physisch da, aber mental weit weg. Wer hier auf offener Straße mitten in unserer Demokratie für die Todesstrafe demonstriert, wer sich in antisemitischen und autoritativen Parallelgesellschaften bewegt, gerade der muss endlich auch eine Chance auf Inklusion und Integration erhalten – genau wie die Neuankömmlinge. Das ist eine wichtige Aufgabe in einem Land, wo in Städten wie Hamburg oder Berlin 47 Prozent der Schulanfänger „nichtdeutscher Herkunft“ sind. Das alles sind Deutsche – oder sie werden Deutsche! Und allen im Land ist zu wünschen, dass auch für sie das D von Deutschland irgendwann

zugleich das D von Demokratie bedeutet! Im Moment wird nur an kurzfristigen Notmaßnahmen gebastelt. Ein paar mehr Lehrer für Willkommensklassen werden eingestellt, viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich für die Geflüchteten. Natürlich ist das alles gut und richtig. Aber ein umfassender Plan fehlt, damit sich das Gesamtproblem grundlegend zum Positiven hin verändert. Gebraucht wird ein gezielter, professioneller und bundesweiter Plan für Integration. Aus dem aktuellen Patchwork muss ein bundesweites Konzept gewoben werden. Ein Plan, der für die Mehrheit und die Minderheiten nachvollziehbar ist, der dem politischen sowie zivilgesellschaftlichen Handeln eine Richtung geben kann. Vermittelt werden müssen – auf jeder Ebene, und überall mit Festigkeit, Freundlichkeit und Fairness – die im Grundgesetz verankerten demokratischen Werte. Denn hat jemand Obdach und Arbeit gefunden, ist er oder sie noch lange nicht integriert – noch lange nicht Demokrat oder Demokratin. Integration ist keine Kurzzeitmaßnahme, sie ist nicht temporär. Sie braucht Zeit. Sie wird uns auch 2020 und 2030 noch beschäftigen. Das Handeln aber muss heute – endlich! – beginnen.

Bedeutsam auch: Die irrelaufende Praxis gehört dringend beendet. Im lukrativen Bereich „Integration“ haben sich teils regelrecht kriminelle Strukturen etabliert. Bestimmten „Trägern“ geht es weniger um Vermittlung von Sprache und Werten als vielmehr ums Geschäft oder gar um Radikalisierung und Verdienst. Es ist zentral, in diesem Bereich viel genauer hinzusehen, sinnvolle Partner zu erkennen und zu unterstützen. Einige Moscheenvereine tragen seit Jahren dazu bei, dass Parallelgesellschaften entstanden sind – sie dürfen auf keinen Fall Partner bei der Integration bleiben oder werden.

Qualität und Quantität der Integrationskurse müssen besser koordiniert und inhaltlich kontrolliert werden. Es geht um mehr als um Wohnen, Spracherwerb, Jobs und medizinische Versorgung. Verantwortliche Behörden stehen der Aufgabe der Integration seit Jahren erschreckend planlos und naiv gegenüber. Gerade die Kurse müssen dazu dienen, auch Werte zu vermitteln, nicht nur Worte nachsprechen zu lassen. Dazu braucht es Unterricht im Dialog, in Gruppen und auch individuell. Das kostet mehr, sicher. Aber es spart langfristig Millionen, wenn nicht Milliarden. Demokratie kann nicht per Frontalunterricht „auf der Schulbank“ erlernt werden – so ein Setting kennen viele aus den autoritären Regimen, vor denen sie flüchten. Das muss anders werden.

Nach den Kursen sollte, wie beispielsweise in Kanada, eine mittelfristige Betreuung und Begleitung der Migranten durch Sozialarbeiter stattfinden. Integration ist ein Prozess mit dem Faktor Zeit. Eine Sprache kann man vielleicht, wenn man sehr begabt ist, in einem Jahr gut lernen. Aber die Nuancen des Zusammenlebens und den Sinn von Gesetzen zu verstehen – das muss eine Einwanderungsgesellschaft den Neuen auch anbieten. Dabei geht es eben nicht um das Aufzeigen von Unterschieden, sondern um das gezielte Vermitteln demokratischer Grundlagen. Will eine Gesellschaft ihre Werte weitergeben, muss sie diese sel-

ber kennen und in ihnen gefestigt sein. Zuwanderer aus autoritären Strukturen verstehen den Mangel an solchen Werten oft als Schwäche, die sie verunsichert oder die man ausnutzen kann. Jedem, der hier ankommt, muss einiges so rasch wie möglich erklärt werden. Etwa: Hier im Land wird frei diskutiert und nicht zugeschlagen. Hier werden Frauen und Kinder respektiert, die Grundrechte gelten für alle. Hier wird Antisemitismus nicht toleriert, die Geschichte verpflichtet uns alle. Solche Werte müssen deshalb von der Mehrheitsgesellschaft unmissverständlich vermittelt werden. Wir müssen entschlossen und geschlossen hinter der Übersetzung des Grundgesetzes in den Alltag stehen. Doch oft herrscht hier noch Verunsicherung.

Einige Beispiele: Wenn muslimische Grundschulkinder während des Fastenmonats ihre Gesundheit gefährden, weil sie tagsüber auf Essen und Getränke verzichten, darf für Verunsicherung seitens der Pädagogen kein Platz sein. Eine solche Praxis widerspricht dem Recht des Kindes auf Unversehrtheit und Bildung. Diese Rechtsgüter wiegen schwerer als das Recht der Eltern, die religiösen Gebräuche von minderjährigen Kindern zu bestimmen. Es ist auch völlig richtig, einem Grundschüler zu erklären, dass seine Lehrerin es nicht akzeptiert, wenn er ihr nicht die Hand gibt, weil er sie als Frau für „unrein“ erachtet. Demokratische Werte zu verteidigen heißt, auch in unangenehmen Situationen für sie einzustehen. Weiterhin sollten muslimische Verbände Lehrkräfte und Schulbehörden mit solchen Fragen nicht allein lassen. Im deutschen Schulsystem fehlt Unterweisung, die Anleitung im Umgang mit der Vielfalt bietet. Auch Schulen müssen Werte vermitteln, Dialogfähigkeit trainieren. Dazu brauchen Lehrer interkulturelle Kompetenzen und die Courage, ja, den Auftrag, in manchen Fällen auch gegen die autoritative Erziehung im Elternhaus zu arbeiten, gegen die Exklusion der Mädchen, gegen die Prügelpraxis zu Hause, gegen die sabotierenden Versuche der Eltern, ihre Kinder etwa von Ausflügen und Klassenfahrten, vom Schwimmen oder von Sexualaufklärung fernzuhalten.

Integration braucht auch dringend mehr Inklusion. Soll das Wachsen der Parallelgesellschaften gebremst werden, müssen Flüchtlinge über ganz Deutschland verteilt werden, und es darf, eine Forderung der ehemaligen Bildungsministerin Johanna Wanka, an Schulen maximal 35 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund geben. Verbindliche Regeln aufzustellen ist ein erster Schritt. Nützlicher ist es, wenn mehr und besser auch affektiv kommuniziert wird, welchen Sinn solche Regeln und Gesetze haben. Ein emotionaler Zugang zur Mehrheitsgesellschaft kann nur regional und auf individueller Ebene eröffnet werden – allein von der Hauptstadt aus lässt sich das nicht steuern. Neuankömmlinge oder Menschen in Parallelgesellschaften bringen oft große Ängste mit – etwa davor, ihre Identität zu verlieren, mit der Freiheit nicht klarzukommen, oder davor, dass ihre Kinder sich von ihnen entfremden. Viele Befürchtungen entstehen aus purem Unwissen über die Möglichkeiten der freien Gesellschaft. Solche

Ängste muss man empathisch erkennen, ernst nehmen und abbauen – über emotionale Brücken zu unserem höchsten Gut, der Freiheit. Ziel ist, dass Neuankömmlinge das Geschenk verstehen, das Teilhabe an Freiheit bedeutet. Integration wird weiter das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bedeuten. Deren Zusammentreffen birgt natürlich auch Konfliktpotential und verlangt jedem Mitglied der Einwanderungsgesellschaft etwas ab. Die Hierhergekommenen müssen sich während des Prozesses quasi neu finden und erfinden. Die Mehrheit, zu der sie stoßen, muss sich gewöhnen.

Auf gesetzlicher Ebene ist die Änderung des Asylrechts notwendig und eine Erneuerung des Zuwanderungsgesetzes. Der Schutz von Geflüchteten hat sicherlich Vorrang, doch auch unabhängig vom Asylrecht muss es legale Wege geben, sich einen Aufenthaltsstatus durch Leistung, Studium und Arbeit zu erwerben. Ich empfehle ein Punktesystem, das sich am heimischen Bedarf an Arbeitskräften orientiert und an der Integrationsbereitschaft des Antragstellers. Das Erlangen der Staatsangehörigkeit sollte überwiegend Resultat von Leistung und Integration sein und nicht von der Dauer des Aufenthalts abhängen. Nicht zuletzt: Menschen, die hier ankommen oder geboren werden, müssen, wie in den USA üblich, von Anfang an Staatsbürger sein.

Integration scheint oft eine unlösbare Aufgabe. Und doch hatte Angela Merkel recht: Das ist zu schaffen. Was es braucht, sind eine einheitliche Linie und Klarheit über das Ziel. Es geht nicht um eine homogene Einheitsgesellschaft, sondern um ein Land voller Demokratinnen und Demokraten, die konstruktiv miteinander streiten, verhandeln, sich freuen und leben lassen – und die sich bei allem an der hiesigen Rechtsordnung orientieren. Auf dieser Grundlage kann eine Gesellschaft ihre inneren Unterschiedlichkeiten anerkennen und zugleich im guten Sinne wehrhaft und bis in die Tiefe demokratisch sein.

### **Anleitung zur Integration – konkrete Schritte für Politik und Gesellschaft**

Integration ist in erster Linie die Bringschuld der Zugewanderten. Von Menschen, die neu ins Land kommen und bleiben wollen, wird erwartet, dass sie sich an die Gesetze halten und den Sinn der demokratischen Grundordnung verstehen lernen. Sie brauchen die Motivation, die Bereitschaft und die Offenheit, das Land und seine Bewohner kennenzulernen, es zu erkunden und Vorurteile abzulegen. Wer die freie, Art und Weise ablehnt, in der Menschen hier leben, wer Gesetze und Demokratie abwertet, der hat kaum Chancen, anzukommen oder akzeptiert zu werden. Und um beides geht es. Zur Integration gehört daher auch die Bereitschaft, manches infrage zu stellen, was im Herkunftsland gilt, etwa Konzepte von Hierarchien zwischen Männern und Frauen, Eltern und Kindern, Strukturen von Autorität und Gehorsam. Nein, Integration ist gewiss nicht erst dann möglich, wenn Syrer oder Iraker oder Marokkaner anfangen, ein Fei-

erabendbier zu trinken! Aber Integration bedeutet, Leute, die ein Feierabendbier trinken – egal, welcher Herkunft sie sind – zu akzeptieren und zu respektieren.

Vor allem aber bedeutet Integration, die im Grundgesetz repräsentierten Werte als eine Chance für sich und die Familie zu begreifen, zu verinnerlichen und sie nicht als bedrohliche Risikofaktoren zu sehen. Der Weg zu dieser Haltung der Offenheit ist nicht einfach. Tief sitzende, über Generationen tradierte emotionale Strukturen („Der Mann hat Recht!“, „Ein Kind muss gehorchen!“, „Schläge schaden nicht!“) lockern, lösen und ändern sich nicht über Nacht. Emotionen kann man nicht rational mit einem Schalter ausknipsen, indem man das Grundgesetz auswendig lernt und nachsprechen kann.

Tatsächlich verändern sich Haltungen und Affekte von Menschen nur durch andere Menschen, nur durch Begegnungen und Dialoge, bei denen Befürchtungen und Abwehr ernst genommen werden und das offene Gespräch darüber möglich ist. Neuankömmlinge aus autoritären Systemen oder Menschen, die schon seit zwei, drei Generationen de facto in Parallelgesellschaften leben, hegen oft starke Vorbehalte gegen die ungewohnte, ihnen fremde freie und demokratische Kultur. Sie fürchten, die Loyalität mit ihrem Herkunftsland zu verlieren, die Bindung an die Verwandten und Freunde dort. Sie bangen um den Verlust ihrer Sprache und empfinden es als bedrohlich, wenn sich ihre Kinder „im Neuland“ von ihnen entfremden. Viele Ängste entspringen purem Unwissen über die großen Chancen und Möglichkeiten, die eine freie Gesellschaft allen bietet, auch den Neuzuwandern. Nur auf dem Weg über politisch kluge und empathische Brücken kann man wirklich im Neuland ankommen.

Solche Brücken fehlen. Es fehlt die Infrastruktur dafür. Es fehlen die Konstruktionspläne, die Ingenieure, die Statiker für diese Brücken. Es fehlen die rechtlichen, bildungspolitischen, sozialpolitischen Straßen, die zu solchen Brücken führen. Es fehlt das Bewusstsein für die Komplexität der Aufgabe. Kurz: Es fehlen gesamtgesellschaftlich wirksame Maßnahmen. Gebraucht werden Konzepte dafür, wie die Architektur der Brücken zur Integration aussehen soll, wie die Brücken gebaut werden, wie sie haltbar und langfristig begehbar bleiben.

Um den Bau solcher Brücken geht es bei den von mir vorgeschlagenen zehn Schritten zur Integration. Es sind zehn Handlungsanweisungen für die Politik. Sie lauten im Kern:

1. Integration ohne politische Ängste angehen
2. Integrationsarbeit standardisieren, evaluieren und professionalisieren
3. Bildungsarbeit und Sozialarbeit reformieren und neu konzipieren
4. Einberufen eines Bundesgipfels zur Vermittlung der Werte des Grundgesetzes



5. Ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen – jetzt!
6. Integrationsleistungen belohnen
7. Nichtintegration konsequent sanktionieren
8. Aktive Förderung einer Kultur der Inklusion
9. Paten- und Mentorensysteme einführen
10. Staatliche Förderung der innerislamischen Debatte.

Denn Integration wird als Herausforderung nicht enden. Auch in Zukunft werden Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur einwandern. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist „Integration“ vor allem ein Schlagwort. Hinter dem Wort steckt bisher eine Kombination aus gut gemeinten bis naiven Maßnahmen, ein meist ineffektives Flickwerk in Ländern, Kommunen, Gemeinden, an Schulen und in Ausbildungsbetrieben. Ein Wildwuchs, der eher einen Dschungel schafft als eine zivilisierte Gartenlandschaft.

Für Neuankömmlinge wie für viele seit Generationen hier Lebende ist „Integration“ bisher eine Art Lotterie. Mit Glück erwischt man einen effektiven Integrationskurs, eine gute Schule, aufgeklärte Lehrer und Nachbarn, die als Paten oder Lotsen wirken. Das ist die Ausnahme. Mit Pech begegnet man nichts von alledem. Und das ist bisher die Regel. So kann es in einer Einwanderungsgesellschaft nicht weitergehen. So können sich Abspaltungen, Radikalisierungen und hybride Loyalitäten weiter ausbreiten. So bleiben viele zurück, so werden manche gefährlich. So wird der soziale Friede nicht erreicht, die Stärke nicht, die jede Demokratie in Europa heute dringend braucht, um zu gedeihen und sich in einer globalisierten Welt zu behaupten, in der der wirtschaftliche und politische Wettbewerb immer schärfer wird.

Umso wichtiger ist es, bundesweit geltende, klare Standards für die Prozesse der Integration zu etablieren. Das zu tun, die passenden, stabilen Brücken zu bauen, um Konfliktpotential zu verringern, ist Kernaufgabe der aufnehmenden Gesellschaft. Über die Brücken zu gehen, ankommen zu wollen – das ist Kernaufgabe der Neuankömmlinge. Auch die besten Absichten, Bemühungen und Anstrengungen von Migranten werden nichts bringen, wenn die Mehrheitsgesellschaft nicht bereit ist, sie willkommen zu heißen und ihnen zu ermöglichen, Teil von ihr zu werden – nicht als „Flüchtlinge“, „Asylanten“, „Muslime“ oder „Ausländer“, sondern als Nachbarn, Kollegen, Freunde, Staatsbürger.

Integration passiert nur in sehr seltenen Fällen von allein. Wer glaubt, Geduld allein genüge, der irrt. Und wer glaubt, Integration könne nie gelingen, der irrt ebenso. Beiden Positionen mangelt es an dem Wissen von der Dimension der Integration, die in der Welt globaler Migration eine Jahrhundertaufgabe ist, die sämtliche Generationen begleiten wird – und die bei uns bisher weitgehend versäumt wurde. Es ist höchste Zeit, dieser Jahrhundertaufgabe und ihrem Konfliktpotenzial mit offenen Augen zu begegnen, auf Augenhöhe mit denen, die eben erst oder vor zwei, drei Generationen dazugekommen sind, noch ohne dazu-

gehörig zu sein. Nüchtern und klar müssen die Fakten auf den Tisch kommen, die Fehler der Vergangenheit analysiert werden und ab jetzt für die Zukunft vermieden werden. Resultate verfehlter und fehlender Konzepte der Integration sind überall präsent. In manchen Parallelgesellschaften wird seit jeher kaum Deutsch gesprochen, heute teils noch weniger als früher. Satellenschüsseln und das Internet haben diese Tendenz noch verstärkt. Kinder, deren Eltern oder Großeltern aus Anatolien oder Istanbul nach Deutschland kamen, jubeln heute Recep Tayyip Erdoğan und dessen autokratischem Regime zu, wie der in Gelsenkirchen geborene Fußballstar Mesut Özil, der im Mai 2018 neben „seinem Präsidenten“ Erdoğan posierte. Junge Leute aus arabischen und anderen muslimisch geprägten Familien begeistern sich für den „Islamischen Staat“ oder für rigiden Salafismus. Eltern zwingen Grundschulkindern Kopftücher auf, Schüler diskriminieren Mädchen, die keines tragen. Dutzende Brüder oder Väter haben schon ihre Schwestern oder Töchter attackiert oder sogar ermordet, weil sie die „Ehre der Familie verletzt“ hatten, sich „unkeusch“ kleideten oder vor der Ehe einen Freund hatten. Lehrer verzweifeln, wenn Jugendliche im Ramadan fasten und dehydriert vom Notarzt aus der Schule abgeholt werden müssen. Ja, richtig: Daneben gibt es auch Vorbilder. Es gibt Immigranten, denen der Weg geglückt ist, Frauen und Männer, die jeden Tag dazu beitragen, dass das Land prosperiert: Anwälte, Facharbeiter, Altenpfleger, Lehrer, Kaufleute, Fernsehmoderatoren, Schriftsteller. Doch die Ränder, an denen jene leben, die noch nicht angekommen sind oder sich momentan sogar weiter von der Demokratie entfernen, sind schlicht zu breit geworden. Und Integration muss alle Menschen erfassen.

In meiner Arbeit begegne ich oft Politikern, Journalisten, Schulleitern und anderen Bürgern, die in Krisen schnelle Lösungen wollen und Integrationsarbeit als Ruck-Zuck-Aktion verstehen, als Feuerlöscher. Man legt in Brennpunktvierteln ein paar Projekte auf, verschärft hier und da ein Gesetz und hält Sonntagsreden, die schöne Schlagzeilen schaffen. All das ist weder tiefgreifend noch nachhaltig. Fordere ich klarere Maßnahmen, erklären Politiker gern, was alles „nicht machbar“, „nicht umsetzbar“ oder „unbezahlbar“ sei. Kommt es allerdings zu erschreckenden Ereignissen oder zu massivem Protest, wird manches plötzlich möglich. Das hat zum Beispiel der Brandbrief der Lehrerschaft der Berliner Rütli-Oberschule im März 2006 gezeigt. Die Schule wies einen Migrantenanteil von rund 75 Prozent auf und das in einem sozial schwachen Viertel. An der Schule gab es derart viel Gewalt und Unruhe, dass Unterricht kaum noch möglich war. Nach dem Brandbrief flossen Millionen Euro, es entstand die heutige, vergleichsweise erfolgreiche „Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli“. Nicht möglich? Kein Geld da? Was vorher gefehlt hatte, war nicht Geld, sondern der Wille hinzusehen, der politische Wille, Chancen zu schaffen, Chaos zu beseitigen. Im großen Maßstab geschah das in der Finanzkrise 2008 und 2009. Während vorher „aus Geldnot“ Schwimmbäder und Bibliothek-

ken geschlossen, Bahn- und Buslinien abgewickelt wurden, gab es dann auf einmal Milliarden für die Rettung von Banken, die „too big to fail“ waren – zu groß, um zu scheitern. Ganz genauso verhält es sich mit der Integration. Sie ist „too big to fail“, zu präsent, zu real, zu problembehaftet, um zu scheitern. Es braucht den manifesten politischen Willen, das zu ändern. Ich habe jahrelange Erfahrung an vorderster Integrationsfront. Ich sehe den Bedarf bei meiner Arbeit an Schulen, in Gefängnissen, in sozialen Medien, in Asylunterkünften und Jugendzentren, ich konnte tausende Gespräche führen und Situationen erleben – mit Schülern, Eltern, Lehrern, Wissenschaftlern, Polizisten, mit Ehrenamtlichen, Sozialarbeitern, mit inhaftierten Terroristen und mit Richtern, und vor allem mit Migrantinnen und Flüchtlingen. Dabei wurde mir eines immer klarer: Man muss „out of the box“ denken. Wir müssen völlig innovativ ansetzen, damit Integration gelingt. Am wichtigsten sind dabei zwei Schritte. Erstens: dass wir Integrationsarbeit professionalisieren und standardisieren. Und zweitens: dass wir uns um eine grundlegende Reform schulischer und außerschulischer Bildungs- und Sozialarbeit bemühen. Und wo ich hier „wir“ sage, meine ich: Wir Demokraten. Wir als demokratische Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsstaates. Wir, die Verfassungspatrioten, für die das Grundgesetz die rechtlich und ethisch verbindliche, wertvolle Basis der Gesellschaft darstellt. Die Verfassung für alle, die hier im Land leben.



Ahmad Mansour, Psychologe und Islamismus-Experte; Autor zahlreicher Artikel und Bücher zum Thema Integration, u. a. „Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“ (Fischer Verlag, 2015) und „Klartext zur Integration. Gegen falsche Toleranz und Panikmache“ (Fischer Verlag, 2018); diverse Auszeichnungen u. a. mit dem Verdienstorden des Landes Berlin (2016) und dem Menschenrechtspreis der Gerhart- und Renate-Baum-Stiftung (2019)

*[www.ahmad-mansour.com](http://www.ahmad-mansour.com)*